

## 6 Staaten

gehören heute der „Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit“ (OVKS) an, die 1992 gegründet wurde: Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Russland, Tadschikistan und Weißrussland. Das Militärbündnis verfügt über ein Hauptquartier in Moskau und über

schnelle Eingreiftruppen. Aufgabe des Bündnisses ist die Gewährleistung der Sicherheit, Souveränität und territorialen Integrität der Mitgliedstaaten – durch enge Zusammenarbeit in der Außenpolitik, in militärischen Angelegenheiten, in der Erforschung neuer mili-

tärischer Technologien sowie in der Bekämpfung grenzübergreifender Bedrohungen durch Terroristen und Extremisten. Die OVKS hat sich der Förderung einer demokratischen Weltordnung auf Grundlage der allgemeinen Prinzipien des Völkerrechts verschrieben.

# Präsident erlässt Schießbefehl

**KASACHSTAN:** Bislang 26 Menschen „liquidiert“ – Ausland der Proteste bezichtigt – Russische Soldaten und deren Verbündete im Einsatz

**ALMATY** (APA/dpa). Nach schweren Unruhen mit Dutzenden Toten hat der autoritäre Präsident Kasachstans, Kassym-Schomart Tokajew, am Freitag einen Schießbefehl gegen militante Demonstranten erteilt.



„Ich habe den Sicherheitskräften und der Armee den Befehl gegeben, ohne Vorwarnung das Feuer zu eröffnen“, sagte Tokajew in einer TV-Ansprache. Zuvor hatte er schon die Niederschlagung der Proteste in seinem Land verkündet. Freitagfrüh waren aber erneut Schüsse zu hören.

Wer sich nicht erbeuge, werde vernichtet, drohte er. Bis zu 20.000 Banditen hätten die Wirtschaftsmetropole Almaty angegriffen und Staatseigentum zerstört, sagte Tokajew. Aus dem Ausland kämen Aufrufe zu einer friedlichen Lösung der Krise. „Welch eine Dummheit! Was für Verhandlungen kann es mit Verbrechern und Mördern geben?“, sagte Tokajew im Fernsehen. Der Staatschef erklärte, es hätten insgesamt 20.000 „Banditen“ die Millionenstadt Almaty angegriffen, wo die Unruhen besonders heftig waren. Sie hätten Staatseigentum zerstört. Er bezeichnete die Demonstranten auch als „Terroristen“ und als aus dem Ausland gesteuert.

Derzeit ist es schwierig, Informationen unabhängig zu überprüfen. Immer wieder wird in Kasachstan das Internet abgestellt, die Grenze wurde für Ausländer geschlossen. Am Freitag ließ Tokajew verlauten, die verfassungsmäßige Ordnung im Land sei „größtenteils wiederhergestellt“. Seinen Dank dafür

richtete er auch an China, Usbekistan und an die Türkei.

In der Früh hatte das Staatsfernsehen berichtet, dass bereits 26 Demonstranten „liquidiert“ worden seien. Zudem habe es mehr als 3000 Festnahmen gegeben. Befürchtet wurde, dass es nun noch viele weitere zivile Todesopfer geben könnte. Offiziellen Angaben zufolge starben auch mindestens 18 Sicherheitskräfte, 748 wurden verletzt.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron riefen zu einem Ende der Gewalt in Kasachstan auf. Die EU sei bereit zu helfen, wo sie könne, erklärte von der Leyen. Macron, dessen Land derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne-



Die kasachischen Sicherheitskräfte haben den Befehl, auf Demonstranten zu schießen.

ANSA/STR

hat kündigte baldige Gespräche mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin an.

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hingegen stärkte Tokajew demonstrativ den Rücken

und bezeichnete dessen Handeln als „höchst verantwortlich“. Auch wende sich China entschieden gegen „ausländische Kräfte, die absichtlich soziale Unruhen erzeugen und zu Gewalt anstiften“.

Auslöser der Unruhen in der autoritär regierten Ex-Sowjetrepublik war Unmut über gestiegene Treibstoffpreise an den Tankstellen. Viele Kasachen werfen den Behörden und der Elite des ölreichen zentralasiatischen Landes Bereicherung vor, während die allermeisten der knapp 19 Millionen Einwohner arm bleiben. So schlugen die Proteste schnell in teils gewalttätige Proteste gegen die autoritäre Regierung um. Als Reaktion auf die Proteste entließ der jetzige Präsident Tokajew die gesamte Regierung und verhängte einen landesweiten Ausnahmezustand. Dies und die Rücknahme der Preiserhöhung für Autogas haben die Menschen jedoch nicht beruhigt, weswegen Tokajew die russisch geführte Verteidigungsallianz OVKS zum Eingreifen aufforderte.

Erste Einheiten einer OVKS-„Friedenstruppe“ aus 2500 Soldaten trafen am Donnerstag ein, darunter russische Fallschirmjäger. Trotz Eingreifens der OVKS (Organisation des Vertrages über kollektive Sicherheit) wird Kasachstan nach Darstellung der russischen Regierung seine

gegenwärtigen Schwierigkeiten selbst lösen können. Russlands Präsident Wladimir Putin habe sich jedenfalls mit seinen Verbündeten abgestimmt.

In Almaty haben russische Soldaten inzwischen den Flughafen „unter volle Kontrolle“ gebracht. Der Airport der Millionenstadt war zeitweise von Demonstranten besetzt gewesen.

Der Einsatz des OVKS-Militärbündnisses in Kasachstan wird von Beobachtern als Zeichen der Schwäche Tokajews gewertet. Zugleich gibt es im Westen die Sorge, Russland sichere sich so mehr Einfluss in dem Land. Russland reagiert sehr sensibel auf Unruhen und politische Spannungen in früheren Sowjetrepubliken, die es als seinen Einflussbereich ansieht. Das betrifft neben Kasachstan etwa die Ukraine, Weißrussland und den Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan.

Seit der Unabhängigkeit 1991 hatte Nursultan Nasarbajew als Präsident mit harter Hand regiert. 2019 hatte er das Amt an den von ihm selbst ausgewählten Nachfolger Tokajew übergeben. Der heute 81-jährige Nasarbajew und sein Clan behielten aber großen Einfluss in Wirtschaft und Politik. Auch dagegen richten sich die Proteste.

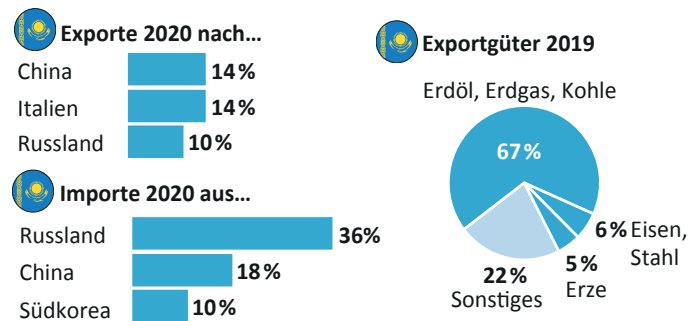


## Unruhen in Kasachstan

19 Mio. Einwohner, Fläche 2,7 Mio. km<sup>2</sup>  
Südtirol: 524.000 Einwohner, Fläche 7400 km<sup>2</sup>



### Kasachstan – Wichtige Handelspartner



Dolomiten-Infografik: A. Delvai/APA

Quelle: APA

## EUROPA-SPLITTER

# Das Europa der EU im Jahr 2022

**AUSBLICK:** Politische Ambitionen, konkrete Gesetzgebungsvorschläge und sonstige Umstände

Mit einem blau-gelb beleuchteten Eiffelturm und einem Arc de Triomphe, von dem eine riesige EU-Flagge hing, hat das Jahr 2022 begonnen. Ein Symbol für den Beginn des französischen EU-Vorsitzes. Folgt nun, da einer der stärksten EU-Gründerstaaten das Ruder übernimmt, ein europäisches Erfolgsgeschichte?

Nun, die Tatsache, dass diese europäische Beflagung sofort von der konservativen und rechten Opposition als Anschlag auf die nationale Identität Frankreichs kritisiert wurde, zeigt, dass auch in Frankreich die Liebe für Europa Grenzen hat. Der Spielraum des französischen EU-Vorsitzes wird zeitlich auch befristet sein, denn spätestens nach der Hälfte wird sich Frankreich in erster Linie seinem eigenen Wahlkampf widmen. Und mit Juli 2022 geht dann der EU-Vorsitz bereits in die Hände der Tschechischen Republik über. Man sollte sich also weder französische noch sonstige Wunder erwarten.

Die 3 übergreifenden Ziele der französischen Präsidentschaft sind die Herstellung eines „sovereänen Europas“, ein neues europäisches „Wachstumsmodell“ und ein „menschliches Europa“. Das sind große Worte. Doch jenseits der Höhen und Tiefen, durch welche die beiden kommenden EU-Vorsitze 2022 gehen mögen, bleibt eines konstant: die kontinuierliche Arbeit der EU-Kommission, die das Rad des Integrationsprozesses am Laufen hält. Ihr Arbeitsprogramm sieht für heuer die Gesetzentwürfe in den folgenden Bereichen vor:

- **Umwelt:** Zertifizierung der Entfernung von Kohlendioxid; harmonisierte Messung von Treibhausgasemissionen im Verkehr; Reduktion der Verwendung von Mikroplastik; nachhaltiger Einsatz von Pestiziden.
- **Digitales:** Bekämpfung der Abhängigkeit von Halbleiterlieferanten durch ein europäisches Computerchip-Gesetz; Cyberresilienz durch hackerfeste Produkte; Errichtung eines weltraumgestützten globalen EU-



Vom Eiffelturm geht europäische Strahlkraft aus. APA/afp/ALAIN JOCARD

Kommunikationssystems.

- **Wirtschaft:** Erleichterung des Zugangs zu Kapital für klei-

nere und mittlere Unternehmen; Harmonisierung von Teilen des Insolvenzrechtes; Initiative zu Sofortzahlungen; Schutz der Arbeiter vor Asbest; Empfehlung zu Mindesteinkommen

- **Demokratie usw.:** Die Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen, Anm. d. Red.) soll benachteiligte junge Menschen fördern; eine europäische Hochschulstrategie soll transnationale Zusammenarbeit verstärken; eine Strategie für Pflege und Betreuung soll nachhaltige Langzeitpflege ermöglichen; ein europäischer Rechtsakt zur Medienfreiheit soll Unabhängigkeit und Pluralismus garantieren; Maßnahmen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen.

Wie weit man in den Verhandlungen zu diesen Themen kommen wird, hängt auch von der politischen Großwetterlage ab: Eine Pandemie ist zu bekämpfen, Rechtsstaatskrisen sind zu entschärfen und nationale Wahlen zu schlagen.

## 4 FRAGEN AN ...

### ... Gabriel N. Toggenburg



#### „Dolomiten“: Was sind die Herausforderungen der Europäischen Union für 2022?

Gabriel N. Toggenburg: Um 3 zu nennen: die Befriedung im Rechtsstaatsstreit mit Polen und Ungarn, die erfolgreiche Ausverhandlung des Migrationspaktes und des Klimapaktes.

#### „D“: Was spricht dafür, dass 2022 das politische Klima besser wird?

Toggenburg: Eine neue deutsche Regierung trifft auf einen frischen französischen EU-Vorsitz. Italien zeigt ein neues europäisches Profil. Die Pandemie hat deutlich gemacht, dass Zusammenarbeit unerlässlich ist. Und die Rechtsstaatskrise generiert einen Druck hin zu eindeutigen Richtungsentscheidungen.

#### „D“: Dennoch gibt es viel Un-

sicherheit, oder?

Toggenburg: Ja, die wirtschaftliche Entwicklung bleibt labil. Die außenpolitische Situation ist friktionsreich. Die politische Landschaft kann Ende 2022 deutlich anders aussehen als jetzt. Wir haben Wahlen in Portugal, Ungarn, Slowenien, Frankreich, Malta, Schweden und Lettland. Vielerorts gibt es Spannungen im Zusammenhang mit coronapolitischen Maßnahmen.

#### „D“: Sie blicken dennoch positiv in das Europäische Jahr 2022?

Toggenburg: Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben. Das Jahr 2022 ist übrigens der Jugend gewidmet. Darauf haben sich am 6. Dezember nun auch Rat und Parlament geeinigt. Man wird EU-Gelder verwenden, um jungen Menschen neue Chancen im digitalen und ökologischen Bereich aufzuzeigen und ihre Beteiligung zu fördern.

© Alle Rechte vorbehalten

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz